

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hülsen- und Chemischen Industrie

Er scheint wöchentlich Sonntags. Abonnementpreis nach der Post bezogen vierteljährlich 1,20 RM. Anzeigenpreis die Spalte 1. Monatspreis für Arbeitslosengeld 75 Pf. Geschäfts- und Privatbestellungen 1 RM.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: Duisburg, Grottenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anfragen, Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 14.

Duisburg, den 7. April 1917.

18. Jahrgang.

## Lohn und Lebenshaltung.

Aus den Verhandlungen des Reichstages.

Ueber Lohn- und Lebenshaltung der Schwerarbeiter im Kriege hat bei Gelegenheit der Beratung des Reichsanwalts am 20. März im Reichstag der Abgeordnete Kollege Giesberts folgende Ausführungen gemacht:

Wir haben versucht, hier durch Steuererhöhungen für die Beamten einigermaßen abzuwehren. Daraus resultiert aber doch ganz naturgemäß, daß aus der Arbeiterbevölkerung heraus der Druck auf die Löhne etwas stärker wird, als wir dies sonst gewohnt sind. Ich erwähne das ausdrücklich, um die Vorurteile zu zerstreuen, die sich daraus ergeben, vor allen Dingen um die Meinung zu zerstreuen, daß die Arbeiter etwa den Krieg benützen, um ihre Unentbehrlichkeit zu zeigen und dadurch gewissermaßen die Notlage auszunutzen, um sich zu bereichern.

W. S., wenn Sie die Lebensmittelpreise in den Industriebezirken mit den Lohnsteigerungen vergleichen, so müssen Sie zu dem Resultat kommen, daß — von einzelnen Ueberflüssigkeiten abgesehen, d. h. von den einzelnen Arbeitern, die als Spezialarbeiter eine ganz besonders gesuchte Arbeitskraft darstellen und infolgedessen ganz bedeutend höhere Löhne bekommen, — die Lohnsteigerungen weit zurückbleiben hinter den Preissteigerungen aller Lebensbedürfnisse und aller Lebensmittel. Ich möchte nicht absolut den Grundsatz vertreten, daß die Löhne auch im Kriege diesen Preisen entsprechend angepaßt würden, da ich nicht weiß, ob es möglich ist, die Mittel aufzubringen.

Zudem gestatten Sie mir, daß ich zu dieser Frage eine Stimme wiedergebe, die sich mit dem Einkommen und dem Bedarf im Volkshaushalt beschäftigt. Es ist das die angelegene Zeitschrift „Stimmen der Zeit“, die früheren „Stimmen aus Maria-Laach“, die in einem Artikel „Volkswirtschaftliche Harmonie“ folgende grundsätzliche Stelle enthalten:

Ein Dreifaches ist also nötig zur Ermöglichung der Bedarfsdeckung: 1. es müssen die erforderlichen Güter vorhanden sein; diese Güter müssen aber auch dem Bedürftigen erreichbar sein, und dazu gehört 2. eine der Kaufkraft der Konsumenten entsprechende Preisbildung; 3. ein Einkommen, groß genug, um sich in den Besitz der erforderlichen Güter zu setzen.

Meine Herren, diese grundsätzliche Auffassung deckt sich vollständig mit den Auffassungen, die die Arbeiterorganisationen haben. Das Streben nach besseren Löhnen, das hier und da leider auch zu Komplikationen geführt hat, resultiert aus dem Bedürfnis heraus, die Löhne an die gesteigerte Lebenshaltung auch möglichst anzupassen. Ich muß auch sagen, daß es nicht gerade von günstiger Wirkung gewesen ist, wenn man liberal zur Anreizung der Produktion höhere Preise in Aussicht gestellt hat, sowohl bei der Industrie wie auch bei der Landwirtschaft.

Welche Wirkung das ausübt, gestatten Sie mir mitzutellen aus einem Zirkular, das der Vorsitzende einer der größten Verbände der Christlichen Gewerkschaften, des Christlichen Metallarbeiterverbandes, verfaßt hat. In diesem Zirkular heißt es:

Die Teuerung wird auch in diesem Jahre eine weitere Steigerung erfahren. Ich verweise darauf, daß allein auf Getreide, Kartoffeln und Zucker ein Aufschlag erfolgen soll, der in runder Summe 800 bis 850 Millionen betragen wird. Dafür sollen dem gegenüber die Preise der tierischen Produkte etwas gesenkt werden, was kaum gegenüber der schweren Belastung einen Ausgleich schafft. Demgegenüber kann mit allem Nachdruck eine Erhöhung der Löhne gefordert werden. Industrie und Landwirtschaft verlangt fortwährend einen Anreizpreis für die Produktion. Gut, mögen sie dann auch entsprechende Löhne zahlen.

(Sehr richtig!)

Hier haben Sie die Rückwirkung auf die Löhne und die Stimmung der Arbeiter, und aus dieser verständlichen Stimmung heraus kommt es vielleicht, daß wir mehr mit diesen Lohnforderungen zu tun haben, als uns lieb ist, und daß daraus mehr Komplikationen für das Wirtschaftstreiben entstehen, als wir es unter Umständen ertragen können. Aber, wenn wir auch auf so manchem anderen Gebiete mit dem Gelde nicht so knappen, so wäre auch dringend zu empfehlen, daß man dem Verlangen der Arbeiter nach besseren Löhnen in entsprechender Weise gerecht wird.

Vielen Darlegungen des Abgeordneten, Kollegen Giesberts, weiteres hinzuzufügen, erübrigt sich. Die von ihm recht zutreffend gekennzeichnete Sachlage rechtfertigt unser Streben nach Verbesserung der Lohnverhältnisse in vollstem Maße.

## Lehrverträge

Den Lehrverträgen in der Metallindustrie müssen wir als gewerkschaftliche Organisation die größte Aufmerksamkeit schenken. Das betrifft vor allem die Lehrverträge in den fabrikmäßigen Betrie-

ben. Die Lehrverträge in den handwerksmäßigen Betrieben, die den Handwerkskammern unterstehen, sind meistens durch diese gleichmäßig geregelt und entsprechen im allgemeinen den gesetzlichen Bestimmungen. Damit soll nicht gesagt sein, daß in allen handwerksmäßigen Betrieben einwandfreie und nicht berberungsdrückliche Lehrverträge bestehen. Die meisten Mißstände dieser Art bestehen aber in den fabrikmäßigen Betrieben. Zunächst seien einige ungesetzliche Bestimmungen genannt, die in Lehrverträgen mehrfach vorkommen.

Es gibt Lehrverträge, in denen sich der Arbeitgeber das „Recht“ nimmt, am Lohn bestimmte Abzüge zu machen. Diese Abzüge werden dem Lehrling, wenn er die Lehrzeit ausgeht, nach beendeter Lehrzeit ausgezahlt. Tritt der Lehrling aus irgend einem Grunde vor beendeter Lehrzeit aus dem Lehrverhältnis aus, dann fallen die am Lohne abgezogenen Beträge der Fabrikkrankenkasse oder direkt dem Arbeitgeber zu. Andere Lehrverträge sehen noch weitere „Pflichtjahre“ vor, die bestimmen, daß der Lehrling nach beendeter Lehrzeit, z. B. noch zwei volle Jahre bei seinem Lehrherrn in Arbeit zu bleiben habe. Auch während dieser Zeit werden Abzüge am Lohne gemacht und auch diese Beträge verfallen neben den während der Lehrzeit abgezogenen zugunsten der Fabrikkasse oder des Arbeitgebers, wenn der Lehrling die „Pflichtjahre“ nicht ausübt. Auch werden die Löhne für die Dauer dieser „Pflichtjahre“ festgesetzt.

## Ja, der Natur geht's nach und lernt's neues Leben und Wesen

wird der Frühling in Wald und Flur. Zuversichtliches Hoffen auf eine bessere, friedlichen und Segen bringende Zukunft erfüllt unsere Herzen.

Kollegen! Kolleginnen!

Die Zeit unserer frühjaht ist gekommen.

Pflanzen wie den Gedanken der Organisation in Herz und Seele der unorganisierten Mitarbeiter. Nächst die Zeit, streut aus die Saat, heimat ein die früchte.

Wir alle kennen unser hohes Ziel.

Mit edlem Pflichter und unermüdlicher Tatkraft wollen wir die frühjahts-Agitation durchführen

Geht ungesäumt ans Werk, macht ganze Arbeit.

Nach § 127c Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung ist unter bestimmten Voraussetzungen eine Auflösung des Lehrverhältnisses zulässig, wenn der Lehrling zu einem anderen Gewerbe oder Berufe übergehen will. Es liegen uns Lehrverträge vor, die neben den oben genannten Garantiesummen zugunsten des Arbeitgebers, auch noch vorsehen, daß Entschädigungsummen seitens des gesetzlichen Vertreters des Lehrlings (Vater, Mutter oder Vormund) zu zahlen sind, wenn das Lehrverhältnis nach § 127c Absatz 1 der R.G.O., also bei Berufswechsel aufgelöst wird.

Während des Krieges erfordert ein wesentlicher Punkt der Lehrverträge besondere Beachtung. In allen Lehrverträgen muß und macht sich der Lehrherr zur Pflicht, den Lehrling in einem bestimmten Berufe, sei es als Schlosser, Dreher usw. zu einem tüchtigen und leistungsfähigen Gesellen auszubilden. Dieser Verpflichtung kommen die Lehrherrn des Krieges nicht immer nachkommen. Dreher-Lehrlinge werden heute z. B. als Granatendreher verwandt, Schmiedelehrlinge an Schmiedehammer, Schlosserlehrlinge an der Bohrmaschine oder an ähnlichen Maschinen. Diese Arbeiten sind unfordararbeiten und würden diese in Friedenszeiten, und auch jetzt meistens von Unfordararbeitern und nicht selten gar von Tagelöhnern verrichtet. Lehrlinge, die zu solchen Arbeiten herangezogen werden, sei es für längere Zeit oder sei es abwechselnd tageweise, werden in ihrer beruflichen Ausbildung geschädigt. Vernachlässigt der Lehrherr die Ausbildung, oder beschäftigt er Lehrlinge an Unfordararbeiten, bei denen von beruflicher Ausbildung keine Rede sein kann, dann liegt ein Vertragsbruch des Lehr-

herrn vor und kann der Vertrag aufgelöst werden. Es ist festgesetzt, daß Dreherlehrlinge, die zwei Jahre als Granatendreher beschäftigt wurden, in anderen Betrieben als Facharbeiter nicht zu gebrauchen waren, weil sie nichts gelernt hatten.

Solchen Gesetzwidrigkeiten zu begegnen liegt in der Hand des gesetzlichen Vertreters des Lehrlings (Vater, Mutter oder Vormund). In der Regel werden natürlich der Lehrling oder sein Vertreter auf sich allein gestellt nichts erzielen. Dagegen haben die Lehrlinge in diesen Fragen eine erfolgreiche Interessenvertretung in der gewerkschaftlichen Organisation. Daher ist es notwendig, die Lehrlinge frühzeitig unserem Verbande zuzuführen.

Im Saargebiet und der angrenzenden Westpfalz sind in manchen Lehrverträgen große Mißstände vorhanden. Für viele Lehrlinge, die in unserem Verband organisiert sind, konnten häufig Erfolge verschiedenster Art erzielt werden. So wurden auf schriftliche Benachrichtigung unseres Verbandes hin in mehreren Fällen die am Lohne abgezogenen Beträge von den Lehrherrn nachgezahlt, auch dann, wenn aus irgendwelchem Grunde das Lehrverhältnis vorzeitig gelöst wurde. Auch konnte in einigen Fällen eine Erhöhung des Lohnes erzielt werden, wo Lehrlinge nicht in ihrem Berufe, sondern als Unfordararbeiter beschäftigt wurden.

In einem Falle, wo es sich um Zurückzahlung von abgezogenen Lohnbeträgen handelt, mußte der Lehrherr, da er auf schriftliches Ersuchen unseres Verbandes hin nicht zahlen wollte, vor das Gewerbegericht Saarbrücken geladen werden. Da der Fall von grundsätzlicher Bedeutung ist, sei er nachfolgend kurz geschildert: Der ehemalige Lehrling war nach dem Lehrvertrage noch durch zwei „Pflichtjahre“ zu weiterer Beschäftigung nach beendeter Lehrzeit gebunden. Während der Lehrzeit und in den „Pflichtjahren“ wurden ihm Beträge am Lohne abgezogen, in Höhe von 45,50 Mark. Bei Kriegsausbruch schloß der Lehrherr seinen Betrieb und handigte allen Arbeitern die Kapitulare aus. Der Kollege nahm Arbeit auf der Eisenbahn an. Im Oktober 1914 öffnete der Lehrherr seinen Betrieb wieder, machte allen Arbeitern und Lehrlingen davon Mitteilung und forderte sie auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Kollege S. nahm aber erst im September 1915 die Arbeit in diesem Betriebe wieder auf. Im Oktober 1916 wurde er zum Heeresdienste eingezogen und starb den Heldentod. Der Lehrherr weigerte sich, weil der Kollege S. im Oktober nicht sofort zur Arbeit zurückgekehrt und somit die „Pflichtjahre“ unterbrochen hatte, der Mutter, welche Witwe ist, die Lehrlingsgebühren ausbezahlen. Ein Schreiben unseres Verbandes blieb unbeantwortet. Bei der ersten Verhandlung vor dem Gewerbegericht Saarbrücken lehnte der Lehrherr eine gütige Einigung ab. Unser Verbandsbeamter, der die Vertretung übernommen hatte, stellte den Antrag, ein Gutachten der Handwerkskammer dahingehend einzuholen, ob der gesamte Lehrvertrag überhaupt gesetzlich zulässig war. Dem Antrage stimmte das Gewerbegericht zu. Das Gutachten der Handwerkskammer erklärte den Lehrvertrag für gesetzlich unzulässig. Ein Schriftsatz unseres Verbandes beauftragte den Lehrvertrag vom Standpunkte des Gesetzes und legte ein Urteil des Gewerbegerichts Berlin vor. (Das Urteil des Berliner Gewerbegerichts ist abgedruckt im Reichsarbeitsblatt Nr. 12, Jahrgang 1916.)

Das Gericht erklärte, daß der Lehrvertrag gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstöße und der Lehrherr somit seine Verträge ändern müsse. Nicht nur das Abhalten der Beträge am Lohne sei gesetzlich unzulässig, sondern auch die „Pflichtjahre“. Das Gericht legte dem Beklagten nahe, die eingeklagte Summe ohne Urteil zu zahlen. Damit erklärte sich der Beklagte einverstanden, so daß es nicht zum Urteilspruch kam.

Unsere Kollegen werden Veranlassung nehmen müssen, überall, wo sich derartige ungesetzliche Bestimmungen noch in Lehrverträgen vorfinden, ebenfalls den gesetzlichen Weg einzuschlagen. Aus der vorliegenden Schilderung der Verhältnisse ergibt sich aber, wie notwendig es ist, auch die Lehrlinge früh genug unserem Christlichen Metallarbeiterverbande zuzuführen. Gewiß brauchen wir in der gegenwärtigen Zeit in Fällen, wo vaterländische Interessen in Frage kommen, nicht gerade alles auf die Goldwaage zu legen. Andererseits ist es aber unsere Pflicht, auch die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter vor ungerechter Ueberverteilung zu schützen. Das können wir um so mehr, in je härteren Maße sich auch die Lehrlinge und jüngeren Kollegen unserem Christlichen Metallarbeiterverbande an-

### Konferenz der Gewerkschaften und Angestelltenverbände im Kriegsernährungsamt.

Auf Grund der von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden an den Reichsminister und das Kriegsernährungsamt gerichteten Eingaben zur Reform unserer Lebensmittelversorgung fand im Kriegsernährungsamt eine mehrstündige Konferenz statt, an der neben Vertretern der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände, des Kriegsernährungsamtes und des Kriegsammtes Hr. von Batocki, General Erbnr und Unterstaatssekretär Michaelis teilnahmen. In der eingehenden Aussprache vertiefte die Arbeitervertreter auf die zutage getretenen schweren Mängel unserer Volksernährung. Sie wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß es den Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes an der erforderlichen Durchsicherung fehlt, wodurch der Schleichhandel und sonstige Mißstände sich erst in dem heutigen Umfange entwickeln konnten. Eine Verbindung des Kriegsernährungsamtes mit dem Kriegsamt scheint ihnen zur Herbeiführung einer besseren Exekutive unbedingt notwendig. Die heutige ungleiche Verteilung führe zu starker Veräusserung der Verbraucher. Wenn alle gleich hungern müßten, würden die Beschwerden leichter getragen wie heute. Dem unrechtmäßigen Verbrauch unserer Lebensmittel, zum Beispiel der Verschwendung, müsse mit stärksten Mitteln entgegengetreten werden. Die noch vorhandenen Lebensmittel seien auf schnellstem Wege in die öffentliche Hand zu bringen, um sie gegen unrechtmäßigen Verbrauch sicher zu stellen. Die Organisation zur Erfassung der Produktion müsse gründlich durchgebildet werden, ebenso die Rationierung. Der vorhandenen Unzufriedenheit müsse durch gründliches Zusammenstellen gesteuert werden.

Hr. Erbnr wies darauf hin, daß das Kriegsamt bereits heute in innigster Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt stehe. Es habe seine Vertretung im Vorstand des Kriegsernährungsamtes und sei zu jeder Unterstützung der Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes bereit, zu der es aufgefordert werde. Weitere Aufgaben zu übernehmen wäre das Kriegsamt jedoch nicht in der Lage, da sein heutiger Aufgabenzirkel bereits so umfangreich sei, daß alle verfügbaren Kräfte davon in Anspruch genommen würden. Unterstaatssekretär Michaelis erklärte, daß über die Getreidebestandsaufnahme noch keine endgültigen Resultate vorlägen. Ueber die Kartoffelbestandsaufnahme, die am 1. März stattfand, könne auch noch keine vorläufige Uebersicht gegeben werden. Man dürfe sich jedoch keiner Illusion über die vorhandenen Vorräte hingeben. Die Bestände seien knapp, aber es würde alles geschehen, um die vorhandenen Bestände für die Volksernährung zu sichern. Auf dem Gebiet der Milch-, Butter- und Eierlieferung sei in der nächsten Zeit eine Besserung zu erwarten, da einerseits eine Steigerung der Produktion dieser Lebensmittel zu erwarten sei, andererseits eine durchgreifende Organisation zu ihrer Erfassung im Werden begriffen ist. Dem Schleichhandel werde mit aller Rücksichtslosigkeit entgegengetreten werden. Hr. von Batocki teilte mit, daß in der nächsten Zeit die aufgestapelten Vorräte an Lebensmitteln wie Getreide, Mehl und Öl, sowie Sauerkraut in größeren Mengen zur Verfügung gestellt würden. Auch eine Erhöhung der

Preisration sei für die schwierigsten Monate in Aussicht genommen. Bezüglich einer besseren Kartoffelversorgung konnte er keine Zusicherungen geben. Die in den Mieten etwa erfrorenen Kartoffeln sollen auf dem Wege der Trocknung der menschlichen Ernährung erhalten bleiben. Die in den einzelnen Gebieten noch lagernden Kohlräben, die infolge Verkehrsschwierigkeiten nicht angeliefert werden konnten, sollen ebenfalls herangeschafft werden. Die Kartoffellieferung hat durch den ungewöhnlichen Frost im März eine weitere Erschwerung erfahren. Bezüglich der Preispolitik erklärte Hr. von Batocki, daß man ohne einen gewissen Preisreiz nicht auskomme. Er hoffe jedoch, daß mit der angestrebten Preisrelation eine Basis gefunden werde, die die bisher zutage getretenen Mängel beseitige.

### Kriegsostern 1917.

von Gerda von Robertus-Schlieben.

- Hoffnung verklärend leuchtet  
Ostern, Dein Lichtstrahl Gewand,  
Ostern, bringst Du uns heimliche  
Gefühle aus Friedensland?
- Ostern - Dein erhabenes  
verheißendes „Anferstehn“  
Laß es segnend über  
Alle Lande und Völker gehn!
- Halle der Erde Wunden  
ein - erbarmend jacht  
In den schneefreien Schleiern  
schimmernder Blütenpracht.
- Wasche, wasche die Erde  
Von Schmutz und Fehle weiß;  
Ostern, - keimt unter der Scholle  
wohl schon des Friedens Reis?
- Eines Friedens wie er  
des Vaterlands würdig ist?  
Sonn - klären die Schwerter noch härter  
auf feindestücke und List!

Die Arbeitervertreter erörterten eingehend die gegen den Landwirtschaftsminister erhobenen Anklagen. Sie wiesen vor allem darauf hin, daß sie eine moralische Beeinflussung der Landwirtschaftsminister des Landwirtschaftsministeriums vermiften. Freiherr von Falkenhausen nahm das Landwirtschaftsministerium dagegen in Schutz, es habe nur im Verbraucherinteresse seine Maßnahmen getroffen. Die Steigerung der Produktion wäre gegenwärtig die Hauptsache. Von den Arbeitervertretern wurde letzteres nicht bestritten, bezüglich der Mittel, die zu diesem Ziel führen, nahmen sie jedoch einen anderen Standpunkt ein. Als Ergebnis der Aussprache kann angenommen werden, daß das Kriegsernährungsamt, das Kriegsamt und der neue Staatskommissar für Preußen alles zu tun bereit sind, um die vorhandenen Ungleichheiten und Mängel unserer Volksernährung beseitigen zu helfen, soweit wie dieses nach menschlichem Ermessen und den vorhandenen Mitteln möglich ist.

### Zur Neuregelung der Nahrungsmittelversorgung.

Der Verein für bergbauliche Interessen hat nachstehende Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes gerichtet:

„Im Interesse der Ernährung der Arbeiterschaft des Industriegebietes, aber die in der letzten Sitzung des unterzeichneten Vorstandes eine erneute Aussprache stattgefunden hat, fühlen wir uns verpflichtet, bei Eurer Excellenz auch unsererseits eine ausreichende Erhöhung der Kartoffel- und Brotgetreidepreise zu befehlen, und zwar mit sofortiger Wirkung, um die unbeschadet einer ordnungsgemäßen Frühjahrseinstellung noch verfügbaren Bestände für die menschliche Ernährung sicherzustellen. Den gleichen Zweck durch eine die Erhaltung ausreichender Bestände gefährdende Herabsetzung der Viehpreise anzustreben, halten wir im Hinblick auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen Fleisch- und Fettversorgung der städtischen Bevölkerung für bedenklich. Wir empfehlen, Verbrauchergebieten, wie Rheinland-Westfalen, die Herabsetzung des Verkaufspreises der in ihrem Bezirk geernteten Kartoffeln freizugeben, um unter möglichst geringen Verhandlungsergebnissen die Versorgung der größten Verbrauchergebiete, insbesondere ihre Winterversorgung, sicherzustellen. Es kommt für den Verbraucher mehr auf das Vorhandensein als auf den Preis der Ware an. Der bisherige Mißerfolg des Versuches, gegen die Natur der landwirtschaftlichen Verhältnisse zu regieren, ist zu groß, als daß die weitere Fortsetzung dieses Versuches verantwortet werden könnte. Er vertritt sich ebenso im Interesse der darunter schwer leidenden Verbraucher wie unter dem Gesichtspunkte, daß von der ausreichenden Versorgung der Industriebevölkerung die Aufrechterhaltung der Betriebe des Bergbaues und der Abzügen abhängt.“

Auf diese Eingabe hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr von Batocki, dem vorgenannten Verein nachfolgende Antwort erteilt:

„Auf die gefällige Drahtmitteilung vom 19. März 1917 erwidere ich ergebenst, daß der Bundesrat über die künftigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bereits am 17. März 1917 Entscheidung getroffen hat. Eine Erhöhung der Preise für Kartoffeln und Brotgetreide des laufenden Erntefjahres würde wiederum diejenigen Vorteile bevorzugen, die bisher am meisten abgeliefert haben, und damit nach fast einmütiger Auffassung der Landwirtschaft selbst für die Zukunft verhängnisvolle Folgen haben.“

Reichliche Schweine- und Viehbestände zu erhalten und außerdem bei möglicher Ernte die Bevölkerung einigermaßen ausreichend mit Korn und Brot zu versorgen, ist unmöglich.

Die Mißernte an Kartoffeln und die hinter den Erwartungen zurückbleibenden Ernte an Brotgetreide im Herbst 1916 hängt, da die Unabauklänge trotz der möglichen Preise gegen 1915 gestiegen war, nachweisbar nicht mit der Preisfrage zusammen. Die Unlieferung zum Winterende ist trotz der schlechten Ernte vom Oktober bis Dezember 1916 nachweisbar erheblich größer gewesen, als nach der planmäßigen Ernte im gleichen Zeitraum 1915. Während der abgelaufenen, ungewöhnlich langen Frostperiode hätten auch bei höchsten Preisen Kartoffeln in größeren Mengen, ohne verbordnen anzukommen, nicht versandt werden können. In den Ostprovinzen herrschte bis in die letzten Tage noch erheblicher Frost. Es ist alles vorbereitet, um mit dessen Aufheben die Anlieferung sofort in größtmöglichem Umfange durchzuführen.

Die deutsche Landwirtschaft hat trotz schwersten Mangels an Betriebsmitteln und menschlichen und tierischen Arbeitskräften wie an Kunstdünger und anderen Betriebsstoffen und trotz ungewöhnlicher Anspannung der Witterung zwar selbstverständlich nicht so viel wie im Frieden, aber doch so viel erzeugt, daß bei sorgfamer Einstellung

### Der Donau-Rheinweg.

Mit einem Kostenaufwand von 650 Millionen Mark ist die Erbauung eines Großschiffahrtsweges Rhein-Donau projektiert. Die Verhandlungen über die finanzielle Beteiligung am Bau dieses Riesenerkes sind bereits zu einem erheblichen Teil zum Abschluß gekommen. Eine Handelsverkehrsader der Mittelmächte, wie sie durch dieses Werk zustande kommen soll, ist von weittragender volkswirtschaftlicher und politischer Bedeutung.

Nordamerika und das Schwarze Meer werden durch zwei Wasserstraßen verbunden. Seit alterher führt ein Weg über das Meer, an Gibraltar und Malta vorbei, durch die Dardanellen. In den vierziger Jahren wurde der Ludwigskanal von Bamberg nach Regensburg gebaut und dadurch die Stromgebiete des Rheines mit denen der Donau verbunden. Seitdem führt eine zweite Wasserstraße binnenlandes von Nordamerika über den Rhein, den Main und den Ludwigskanal zur Donau, bis zum Schwarzen Meer. Der Ludwigskanal ist zu klein angelegt, er reißt höchstens für 200-Tonnen-Schiffe aus. Der Main und die Donau, ja auch der Rhein, waren aber damals für größere Schiffe, 1000-1300 T., so, wie sie heute verkehren, auch noch nicht befahrbar. Mit dem Fortschreiten unserer Verkehrsbeziehungen vergrößerten die Vorteile, welche vorher selbst solche schlecht ausgebaute Wasserstraßen geboten hatten, mehr und mehr. Mit dem Seeweg konnte dieser Donau-Rheinweg aber niemals konkurrieren, so daß unser großer Staatswirtschaftlicher Akt mit Recht sagen konnte: Die Nordsee ist längst durch einen besseren, natürlicheren Kanal mit dem Schwarzen Meer verbunden, der an Gibraltar und Konstantinopel vorbeiführt.

Die Frachten auf dem schlecht ausgebauten Donau-Rheinweg waren gegenüber dem Seeweg viel zu teuer und deshalb hatte diese Wasserstraße nur für enger beieinander liegende Bezirke, z. B. von Österreich nach Deutschland Bedeutung. Für weitere Strecken zog man die Eisenbahn sogar der Donau vor. Allerdings ein teures Vergnügen. Um die jetzt in Rumänien lagernden drei Mill. Tonnen Getreide nach Deutschland zu rollen, müßten z. B. 15 000 Waggons ein ganzes Jahr fahren. Woher sollten wir aber jetzt die 15 000 Waggons nehmen? Der Donauweg in

seiner heutigen Form muß hier helfend eingreifen, das genügt aber auch nicht. Wenn jetzt eine der schwersten Unterlassungssünden im Kriege angebrocht wurde und nun der Donau-Rheinweg besser ausgebaut werden soll, so sind dafür vornehmlich drei Gründe maßgebend:

1. Sicherung unserer räumlichen Verbindungen und Sicherung des Verkehrs der Mittelmächte untereinander.
2. Die Erzielung größerer Leistungsfähigkeit durch Verwendung größerer Schiffesätze.
3. Billigere Frachtkostengestaltung.

Aus dem Wunsche, unsere Verbindungen mit anderen Agrarländern zu sichern und diesen wieder die gesicherte Verbindung mit uns zu gewährleisten, entstand das Bestreben nach einer größeren Leistungsfähigkeit des Donau-Rheinweges in jenem durchgehenden Verkehr. Daß dieses möglich ist, haben die Darlegungen aus dem Donau-Longrek 1916 in Budapest bewiesen. Die Zeit hat uns auch schon vorgearbeitet. Der Rhein ist reguliert und zwar mit geradezu glänzendem Erfolg. Die Mainlanalisierung soll ganz durchgeführt werden. Die Donau ist ebenfalls gut reguliert und kann wohl für noch größere Schiffe als jetzt verkehren, befahrbar gemacht werden. So erübrigt sich dann noch der Bau eines Donau-Main-Kanals von entsprechenden Abmessungen, für 1000-1250-Tonnen-Schiffe befahrbar und die größere Leistungsfähigkeit des Donau-Rheinweges ist vorhanden. Wenn aber jene Verkehrsleiter recht behalten, die ohne weiteres behaupten, Konstanz liegt Hamburg näher als Regensburg, dann könnte der Donau-Rheinweg die 3. Forderung: billigere Frachtkosten nicht erfüllen. Die wesentliche Bedingung für eine breite Ausdehnung des Donau-Rhein-Verkehrs im Frieden, liegt aber in geringeren Frachtkosten gegenüber dem Seeweg. Sind diese billigeren Frachtkosten nicht zu erzielen, dann verliert der Donau-Rheinweg seine weiter reichende Anziehungskraft, dann könnte er wohl strategische, nie aber wirtschaftliche Bedeutung haben.

Bestehen nun die Anschauungen über die teuren Donau-Rheinfrachten noch zu Recht? Mit dieser Frage beschäftigt sich eine sachkundige Arbeit des Herrn Josef Rosemayer-Klein-Bindenthal in der „Abendlichen Volkszeitung“ (1917, 80). Die Antwort — so heißt es hier — sagt uns, ob dann, wenn wir den Donau-

Rheinweg zu einer leistungsfähigen Wasserstraße ausbauen, ein solcher Preis winkt, der es auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt wert erscheinen läßt, daß wir um dieses Ziel uns bemühen. Könnte man auf einem gut ausgebauten Donau-Rheinweg billiger verfrachten als auf dem Seeweg? So lautet die klare Frage, und diese Frage ist zu bejahen. Die niedrigere Gestaltung der Frachtkosten auf dem Donau-Rheinweg ist nur davon abhängig, daß der Schiffahrtsbetrieb in möglichst großen Schiffseinheiten auf dem ganzen Wege glatt durchgeführt werden kann, und daß für alle Frachten geeignete Rückfrachten erhältlich sind.

Dazu ist erforderlich, daß ein neuer Donau-Main-Kanal für 1000-1250-Tonnen-Schiffe befahrbar hergestellt wird und zwar in kürzester Verbindung zwischen Donau und Main, von Oshenkurt a. M. bis Kelheim a. D. Der Main muß kanalisiert werden, und die obere Donau, bis Kelheim, ist entsprechend zu regulieren. Besonders Behandlung erfordern die Donau-Kataraktfreden und das Eisener Tor, die Jahrhunderte alte Werke zwischen Orient und Okzident. Diese Werke können wir nicht beseitigen. Das enge Felstal und die besondern Abflusverhältnisse der Donau gebieten dem Menschengeiste hier Halt. Aber wir können die einzelnen Kataraktfreden durch geeignete Schleusenstände umgehen. So können wir auch die ganze 114 Kilometer lange Donauschleife mit dem Schellen von Jura, den Engen von Raza, dem Eisernen Tor und dem gefährlichen Fahrwasser unterhalb des Eisernen Tores, durch einen 18 000 Meter langen Kanaltunnel von Jura nach Orza Palanka abschneiden. Dadurch werden 24 Kilometer Stromweg gespart. Der vom Verfasser ausgearbeitete Entwurf zu einem solchen Kanaltunnel ist den beteiligten Regierungen am 13. Juli 1916 überreicht und vom Verfasser auf der Donaulauferei ausführlich vorgetragen. Werden diese Arbeiten ausgeführt, dann ist ein schlanker Schiffahrtsbetrieb auf dem ganzen Donau-Rheinweg möglich, und nirgendwo bestehen dann solche Hindernisse, die die Schiffahrt behindern können. Genügende Rückfrachten bieten die Lastschiffe, die vom Balkan mit Getreide und dergleichen zum Rhein kommen, in Kohlen und Zement-

So sind die Bedingungen für einen ungestört durchzuführenden Schiffahrtsbetrieb auf dem Donau-Rheinweg

### Allgemeine Rundschau

#### Landtagsabgeordneter Hermann Imbusch †

Wie erst jetzt festgestellt wurde, ist der Name des Gewerkschafts-Christlichen Bergarbeiter- und Abgeordneter zum Preussischen Landtag für den Wahlkreis Aachen-Land, Hermann Imbusch, bei einem Sturmangriff auf dem Aachener Kriegsgelände am 7. Dezember 1914 für das Vaterland gefallen.

Hermann Imbusch hatte sich schon in jungen Jahren dem Gewerkschafts-Christlichen Bergarbeiter angeschlossen. Seine entschlossene und umsichtige Tätigkeit für die Interessen der Bergarbeiter hatte ihn in reichem Maße das Vertrauen seiner Arbeitskameraden eingetragen, so daß er im Jahre 1904 als Gewerkschaftsbeamter angestellt wurde, wo er sich besonders um die Ausgestaltung des Rechtschutzes große Verdienste erwarb. Im Jahre 1907 wurde er zum Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Aachen-Land gewählt und hat er sich im Preussischen Abgeordnetenhause stets mit Eifer und Pflicht der Bergarbeiter Sache im Besonderen und der Interessen der arbeitenden Menschheit im Allgemeinen angenommen.

Der Gewerkschafts-Christlichen Bergarbeiter wie auch die christliche Gewerkschaftsbewegung insgesamt verlieren in Hermann Imbusch einen treuen, unentwegten Streiter für die Arbeiter Sache und wird sein Andenken stets in Ehren bleiben.

#### Wie Arbeitgeber über Verbandsbeiträge urteilen?

Wie häufig wird von Arbeitgebern den Arbeitern angetragen, die Beiträge für den Verband doch lieber zu sparen. Und in den Ausstellungen der von den Arbeitgebern mit solchen Mitteln ausgehaltenen sogenannten „Wirtschaftsriedlichen“ spielt das „Sparen der Verbandsbeiträge“ stets eine große Rolle. Wie aber die Arbeitgeber über ihre eigenen Verbandsbeiträge denken, das zeigt so recht eine Aufschrift, die vor Kurzem von der „Schwäbisch-Deutschen Arbeitgeberzeitung“ veröffentlicht wurde. Wir geben die Aufschrift nachstehend zu Fuß und Frommen unserer Verbandsmitglieder sowohl wie auch der vielen Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen, die sich bisher noch nicht zum Bezahlen des Verbandsbeitrages haben aufschwingen können, wortgetreu wieder:

„Nunmer noch gibt es einige, die meinen, auch an dem Verbandsbeitrag eine Kriegersparrmaßnahme machen zu können. Wir glauben aber, daß dies am falschen Platz gepart ist. Ist der Krieg vorüber, werden voraussichtlich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die allerwichtigsten Verhandlungen geführt werden müssen und Abmachungen getroffen werden, die nach Umständen den ganzen Betrieb in neue Bahnen lenken könnten. Wie nötig wird da erst ein eingeführter, mit Geldmitteln versehenen Verband sein, der bei Behörden und Arbeitnehmern für die Interessen der Arbeitgeber eintritt. Wir müssen, das sei an dieser Stelle gesagt, gewiß keine Ränke mehr, wie wir sie vor dem Kriege gegen die internationale Leitung der Gewerkschaften schieben mußten, aber (wie wir hoffen friedlich-schiedliche) Auseinandersetzungen werden auch nach diesem Kriege zwischen den Arbeitgebern und der nationalen Arbeiterkraft nicht ausbleiben. Mögen sie stets in dem Sinne geführt werden, daß beide Teile ihr Auskommen dabei finden können und das Gewerbe keinen Schaden leidet. Es möge sich also jeder wohl überlegen, ob er aus schlecht angelegter Sparsamkeit den Bestand des Verbandes gefährdet. Uebrigens ist es auch schon vom launmännlichen Standpunkte aus ein Fehler, einem Verband den Rücken zu kehren, der nun über ein ganz ansehnliches Reservekapital verfügt, das man durch seine Beiträge hat bilden helfen.“

Wenn diese durchaus zutreffenden Ausfüh-

rungen für die Arbeitgeber gelten, um wieviel nachhaltiger sollten sie allen Arbeitern in den Ehrenklingen. Wenn der Arbeitgeber schon nicht den Verband entzogen kann, um wieviel notwendiger ist dann ein starker Verband für den Arbeiter, insbesondere in der Metallindustrie. Wir glauben kaum, daß nach dem Kriege die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern so friedlich-friedlich verlaufen werden, wie sich dies der schwäbische Arbeitgeber in der oben wiedergegebenen Aufschrift denkt. Ganz besonders glauben wir daran nicht, soweit die Metallindustrie im Allgemeinen und die Schwereindustrie im Besonderen in Frage kommt. Dazu sehen und hören wir viel zu viel, daß die Herren der Großindustrie noch, himmelsweit davon entfernt sind, den Arbeiter als gleichberechtigt beim Abschluß des Arbeitsvertrages anzuerkennen.

Sei dem aber, wie ihm sei; ohne starke gewerkschaftliche Organisation werden die Interessen der Arbeiter weder während des Krieges, noch nach dem Kriege irgendwie vertreten werden können. Und zu einer starken Organisation gehören eben, wie der schwäbische Arbeitgeber mit Recht hervorhebt, die notwendigen Geldmittel. Weil wir nun nicht gut erwarten können, daß der Arbeitgeber aus die Mittel dazu gibt, um unseren Anteil am Ertrag der Arbeit zu steigern, irgend ein anderer sich aber ebensowenig bereit finden dürfte, uns die notwendigen Mittel zu beschaffen, so müssen wir sie eben selbst aufbringen — und deshalb muß auch der Arbeiter Verbandsbeiträge bezahlen.

Offenkundig werden die durchaus zutreffenden Ausführungen des schwäbischen Arbeitgebers über die Notwendigkeit der Verbandsbeiträge und über das Mühen für die kommende Friedenszeit auch; manchen der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Augen öffnen, damit auch sie sich endlich einmal aufrufen und den so dringend notwendigen Anschluß an ihren Berufsverband vollziehen.

#### Heilbehandlung der Versichereren.

Vom Reichsversicherungsamt ist soeben eine Statistik herausgegeben worden, die über die Ergebnisse des Heilverfahrens durch die Versicherungs- und Sonderanstalten ein umfassendes Bild gibt.

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung können bekanntlich die Versicherungsanstalten ein Heilverfahren einleiten, um die drohende Invalidität eines Versicherten oder einer Witwe abzumenden. Ist zu erwarten, daß ein Heilverfahren den Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente wieder erwerbsfähig macht, so kann die Versicherungsanstalt es ebenfalls einleiten. Nur um Befugnisse handelt es sich. Es liegt im Ermessen der Versicherungsanstalten, die Art und Dauer eines Heilverfahrens zu bestimmen. Dagegen erwacht den Versicherungsanstalten, wenn sie ein Heilverfahren einleiten, die Verpflichtung, Angehörigen des Erkrankten, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, während des Heilverfahrens eine Unterstützung (Hausgeld) auch dann zu gewähren, wenn er an keine Krankenkasse Ansprüche hat.

Von der Befugnis, ein Heilverfahren zugunsten einer Witwe oder für Empfänger einer Witwen- oder Waisenrente einzuleiten, haben die Versicherungsanstalten im Jahre 1915 in 488 (1914 = 300) Fällen Gebrauch gemacht. Erhebungen über den Umfang und die Erfolge des von den 31 Versicherungsanstalten in den Jahren 1894, 1895 und 1896 angewendeten Heilverfahrens haben zum erstenmal 1898 stattgefunden. Die Ergebnisse sind damals in gedrängter Form im Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1899 veröffentlicht worden. Seit jener Zeit fanden die Feststellungen auf breiterer Grundlage und zwar auch für die zugelassenen Kassenrichtungen, jetzt Sonderanstalten genannt, regelmäßig alljährlich statt.

Auf dem ausgebauten Rheinstrom stieg der Verkehr, infolge der Regulierung, innerhalb 30 Jahre von etwa fünf Millionen Tonnen auf 80 Millionen Tonnen, so daß die vorstehende Schätzung für den späteren Donauberkehr hierdurch schon eine gewisse Stütze erhält. Bei einem Verkehr von 20 Millionen Tonnen pro Jahr könnte mit Schiffsfahrtsabgaben von 25 Millionen Mark pro Jahr auf dem Donau-Rheinstrom gerechnet werden.

Der Schwarzmeeres-Verkehr umfasst heute pro Jahr rund 50 Millionen Tonnen. Den größten Anteil haben hieran englische Kauffahrtschiffe.

Der Donau-Rheinstrom verbindet Mittel-Europa untereinander und stellt eine direkte billige Verbindung mit Kleinasien, Persien und Arabien her. Hierdurch bildet sich, auch ohne politische Beeinflussung, ein zusammenhängendes Wirtschaftsgelände, welches der Zwang der vorteilhaftesten Verbindungen beieinander hält. Rechnen wir zu diesem Wirtschaftsgelände, für welches der Donau-Rheinstrom in späterer Verbindung mit Ober und Elbe die Hauptverkehrsstraße bilden kann, Persien, Arabien und Kleinasien, die Schwarzmeeres-Rüstenländer, den Balkan, Skandinavien und Deutschland, Österreich-Ungarn mit deren Grenzlande, dann erhalten wir ein Gebiet von rund neun Millionen Quadratkilometer Größe, mit 250 Millionen Bewohner. Innerhalb dieses Gebietes können alle Möglichkeiten zur Entfaltung kommen, von den einfachsten Bodenprodukten der Nordens bis zu den kostbarsten Produkten der tropischen Länder, vom mannigfaltigsten Mineralreichum bis zur vollendetsten Maschine.

Ein unvollkommen ausgebauter Donau-Rheinstrom, der nur Schiffe ungenügender Größe tragen kann, würde nur lokale Bedeutung haben, weil er dann nicht mit dem Seeweg zu konkurrieren vermag. Ein vollkommen ausgebauter Donau-Rheinstrom dagegen wird das Rückgrat des Verkehrs zwischen Nordamerika und dem Balkan, sowie Kleinasien bilden. Ein solcher Donau-Rheinstrom würde in den Händen der Mittelmächte eine Kampfstraße sein gegen den von England zu benutzenden Seeweg. Dieser Donau-Rheinstrom würde dann in gleichem Maße dem Vorteil aller Anliegerstaaten von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer und würde deren Interessen noch fester zusammenhalten, als das durch die vorstehenden Belegstellen Schwarzmeeres-Verkehr nur von fünf Millionen Tonnen...

entgegen den Hoffnungen unserer Weiber als Dankschönungen bis zur neuen Ernte völlig gestoppt ist. Knappheit und Entbehrungen sind bei Ausfällen der Ernte und bei weiteren Schädigungen durch den Frost leider auch weiterhin in gewissem Umfange unvermeidlich.

Durch die erhöhte Preise für Bodenzeugnisse im nächsten Jahre ist sichergestellt, daß auch die nächstjährige Bodenzeugung so hoch wird, wie es die Preisverhältnisse herab zulassen. Eine noch weitere Steigerung dieser Preise, die den Vorschlägen des Deutschen Landwirtschaftsrates im wesentlichen entsprechen, würde eine irgendwie merkliche Vermehrung der Bodenzeugnisse nicht zur Folge haben.

Durch die gleichzeitige Senkung der Viehpreise wird der schwere Gefahr weklamer als bisher begegnet, daß von den gerateten Erzeugnissen mehr als für die Volksernährung erträglich, veräußert, und weniger als für die Volksernährung unbenutzt gebraucht, abgepfert wird. Bei der Beurteilung der Preisfrage vom Standpunkt des Verbrauchers ist im übrigen darauf zu warnen, einseitig die Einkommensverhältnisse bei der Nahrung- und Schwereindustrie zu berücksichtigen.

Ich bedauere, daß ich nach schließlicher, wohl-erwarteter Ueberzeugung und gründlicher Beobachtung unserer wirtschaftlichen Entwicklung im Leben, wie im Kriege über diese Frage ja anderer Meinung bin wie die Vertreter der deutschen Schwereindustrie. Bei der entscheidenden Bedeutung der Sache hielt ich mich für verpflichtet, meinen Standpunkt schlicht und eingehend darzulegen und unseren Schriftwechsel der Öffentlichkeit zu übergeben. gez.: v. Batacki.

Wir können den vorstehenden Ausführungen des Herrn Batacki im Allgemeinen nur voll und ganz zustimmen. Nur in einem Punkte irrt auch Herr Batacki. Wenn er nämlich die Herren vom bergbau-lichen Verein hervorruft, einseitig die Einkommensverhältnisse bei der Nahrung- und Schwereindustrie zu berücksichtigen, so überlißt er dabei, daß diese sogenannten Einkommensverhältnisse nur für einen verhältnismäßig geringen Teil der in der Nahrung- und Schwereindustrie tätigen Arbeiter und Angestellten zutreffen. Das ist aber zureichend und einwandfrei nachgewiesen in dem Märzheft 1917 der „Deutschen Arbeit“ in dem Aufsatz von Karl Schmidt über: „Die Nominallöhne der gewerblichen Arbeiter zur Kriegszeit.“ Und noch in der Nr. 12 1917 unseres Verbandsorgans konnten wir bei Besprechung der Tatsache, daß die Aktionäre der „Gute Hoffnungsaktie“ im letzten Geschäftsjahr eine Dividende von 53 Prozent erhalten haben, die weitere Tatsache anführen, daß auf demselben Wert Löhne von 60 Pfg. pro Stunde für Schlosser, 65—68 Pfg. für Schlosser, 65—77 Pfg. für Maschinenführer, 69—77 Pfg. für Kranführer und 70 Pfg. für Bohrer noch im Juni 1916 gezahlt worden. Wenn unsere Angaben nicht den Tatsachen entsprechen hätten, würde die betreffende Firma wohl nicht dazu gezwungen haben. Wir haben immer offen zugegeben, daß insbesondere die stark begehrteten Spezialarbeiter zum Teil gute Löhne verdienen. Wogegen wir uns aber immer wieder und mit allem Nachdruck wehren müssen, das ist die Nachgerade zur Krankheit gehörende Gefährdung der Arbeiter durch die hohen Preise der Lebensmittel ohne weitere Nachprüfung auf die Allgemeinheit zu übertragen. Und wenn es in der Einigkeit der bergbau-lichen Vereine heißt: „Es kommt für den Verbraucher mehr auf das Vorhandensein als auf den Preis der Ware an.“ so mag das für die Einkommensverhältnisse der Herren vom bergbau-lichen Verein und der ihnen nahestehenden Preise richtig und zutreffend sein, für die große Masse der Arbeiter leider nicht. Wenn aber die maßgebenden Kreise der Schwereindustrie auf diesem Wege weiter arbeiten wollten, dann dürfen sie sich nicht darüber wundern, wenn dann auch den ruhigsten und ausdrucklosesten Arbeitern die Augen aufgehen und sie dann eben Löhne verlangen, die den fortwährend steigenden Lebensmittelpreisen entsprechen.

wohl zu erfüllen, wenn der ganze Donau-Rheinstrom vollkommener ausgebaut wird, und auf solcher Grundlage lassen sich dann auch die Kosten für die Frachten auf dem für 1600—1250-Tonnen-Schiffe ausgebauten Donau-Rheinstrom im voraus mit annähernder Sicherheit schätzen. Die heutigen privilegierten Schiffsfahrtsverhältnisse auf der Donau sind dafür nicht maßgebend. Hier wird ein ganz anderes Bild entstehen, wenn Bulgaren und Türken bis zum Niederrhein durchfahren können und die Frage der deutschen Dampfschiffahrt über die Donau nach Konstantinopel steht. Einen Anhalt für die Kosten bieten die zuletzt auf dem Rheinstrom gezahlten Frachten. Das letzte normale Betriebsjahr war das Jahr 1915. In dem Bericht der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, über das Jahr 1915, heißt es Seite 149, es habe „sich die Frachtlage im Jahre 1915 lobend gefaltet und den einzelnen Unternehmungen befriedigende Erträge zugeführt“. Die nachstehend benannten Frachten waren also auskömmlich. Die Getreidefrachten betragen einschließlich Schlepplohn, Kahnrente und Beschreiftkosten, aber ohne Ein- und Ausladen und ohne Versicherung, in Schiffsfahrten über 1250 Tonne, für die Fahrt zwischen Rotterdam und Mannheim, zu Berg, im Jahresmittel 0,407 Pfg. die Tonne-Kilometer.

Zu Tal im Jahresmittel 0,288 Pfg. die Tonne-Kilometer. Die Fahrstrecke Rotterdam-Mannheim ist 570 Kilometer lang. Wenn die Bösch- und Ladefrachten für diese Strecke, im Durchschnitt, 50 Prozent der Fahrzeit ausmachen, dann würden die Bösch- und Ladefrachten, für die fünfmal so lange Donau-Rheinstrecke, nur 10 Prozent der Fahrt betragen und würden für den Donau-Rheinstrom um soviel günstiger sein.

Die Bergfahrt soll trotzdem für den Donau-Rheinstrom im Mittel mit 0,42 Pfg. die Tonne-Kilometer und die Talfahrt mit 0,28 Pfg. die Tonne-Kilometer berechnet werden.

Nach eingehender Berechnung der Fahrzeiten und Frachtkosten des Kanalsystems im Vergleich zu denen des Seeweges kommt Herr Rosemeyer zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Seefrachtkosten sind außerordentlich schwankend, vielmehr als die Frachten auf einem ruhigen Donau-Rheinstrom.
2. Die Seefrachtsversicherungen sind viel teurer, als die Versicherungen auf einem Donau-Rheinstrom.

3. Wenn die Seefrachten in die Höhe gehen, wird der Verkehr immer energischer zum Donau-Rheinstrom gedrängt. Je größer nun hier der Verkehr wird, um so mehr Rückfrachten in Gestalt von Kohlen gehen dann donau-abwärts und schädigen so den englischen Kohlenabfuhr in den Schwarzmeeresländern. Kann England aber keine Rückfrachten über See, in Form von englischen Kohlen, in den Schwarzmeeresländern absetzen, dann verteuert sich die Seefracht nach diesen Ländern weiter in erheblichem Maße. Dadurch wird aber die Ueberlegenheit des Donau-Rheinstromes weiter gesteigert.

4. Nach dem Kriege ist die Weltlage viel zu gering, um allen an sie gestellten Anforderungen genügen zu können. Es ist sicher, daß sich dieser Mangel für eine Reihe von Jahren durch besonders hohe Seefrachten bemerkbar machen wird, wodurch die angestrebten günstigen Seefrachtsätze leicht um 100 bis 150 Prozent gesteigert werden könnten. Je früher deshalb der Donau-Rheinstrom ausgebaut wäre, umso rascher und wirksamer würden sich seine Vorteile zeigen.

5. Die viel längere Reisedauer auf dem Donau-Rheinstrom vermittelt einen rascheren Geldumschlag, was nicht unterschätzt werden darf.

6. Der Donau-Rheinstrom vermeidet jede Umladung auf dem Wasser, während der Seeweg zwei Umladungen auf dem Wasser vornehmen muß, in Konstanta und in Rotterdam. Der Verkehr zwischen den Balkanländern und dem Norden Europas könnte also auf dem Donau-Rheinstrom zu einem ganz unmittelbaren gestaltet werden.

7. Die Regelmäßigkeit der Donau-Rheinschiffahrt, bei welcher täglich mehrere Schlepplüge nach beiden Richtungen verkehren, ist den viel selteneren Verkehrsgelegenheiten über dem Seeweg bedeutend überlegen. Bis jetzt mußten die Güter zur Verfrachtung über den Seeweg oft 8 bis 14 Tage auf Frachtgelegenheit warten.

8. Aus all diesen Gründen wird die Fracht auf dem Donau-Rheinstrom nicht allein billiger sein, sondern sie wird auch viel sicherer kalkuliert werden können.

Eugen von Krafay, Ungarns hervorragender Wasserbau-Direktor, schätzte den Verkehr auf der Donau, nach vollständigem Ausbau und Umgehung der Schwierigkeiten am Oberen Tor, auf 20 Millionen Tonnen pro Jahr. Heute beträgt dieser Verkehr nur von fünf Millionen Tonnen...

Es sind aufgewendet worden für Heilbehandlungen zweide von den Trägern der Invalidenversicherung im Jahre 1914: 80 273 255 Mark und seit 1897 rund 900 Millionen Mark zusammen. Für Zwecke der Krankenfürsorge sind von den Krankenkassen im Jahre 1913: 449 299 432 Mark aufgewendet worden und 13 102 515 Mark von den Trägern der Unfallversicherung. Für Zwecke der Krankenfürsorge sind von den Krankenkassen aufgewendet worden: Gesamtergebnis seit 1894: 4 443 192 481 Mark und 171 606 356 Mark von den Trägern der Unfallversicherung. 1915 sind 94,27 vom Hundert aller Behandelten wegen Lungen- oder Kehlkopf- oder Tuberkulose, 0,25 v. H. wegen Lupus, 0,21 v. H. wegen Knochen- oder Gelenk- oder Tuberkulose und 65,27 vom Hundert wegen anderer Krankheiten behandelt worden. Bei den Lungen- oder Kehlkopf- oder Tuberkulosen kommen 99,25 vom Hundert, bei den „anderen Kranken“ 35,96 vom Hundert auf die ständige Heilbehandlung, dagegen 0,75 und 64,04 vom Hundert auf die nichtständige Heilbehandlung. In der letzteren Zahl kommt die Bedeutung der Zahnpflege zum Ausdruck. Hier besonders hervorzuheben ist die Verdrückung der Frauen. Infolge der Kriegskrankheiten wird die Heilbehandlung eine noch größere Bedeutung gewinnen als bisher.

**Frontdienst — Verbandsdienst.**

Aus der Verwaltungsstelle W. wird uns berichtet: Kollege V. war vor seiner Einberufung Vertrauensmann in der Verwaltungsstelle W. Als Gasarbeiter rekonvertiert, verlangt er sofort nach seiner Rückkehr aus dem Felde wieder als Vertrauensmann angestellt zu werden. Frechwillig meldete sich dieser Kollege wieder zur Mitarbeit und wirkte so anfeuernd auf die Kollegen, die bisher in der Agitation stummig waren und möglichst wenig oder gar keine Arbeit als Vertrauensmann übernehmen wollten.

Das finden gewisse Leute „eigen“. In der „Bau-gewerkschaft“ (1917—18) lesen wir:

Ein von der Front zurückgekehrter Arbeiter schilbert im „Bormärts“, wie der Vertrauensmann erkannt gewesen sei, als er erfuhr, daß der eben Zurückgekehrte sich sofort bei seiner Organisation gemeldet hatte. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ schreibt dazu verärgert: „Der Agitator im Kriege, es ist ein eigenes Kapitel, über das sich manche lustige, aber auch manche recht ernsthafte Betrachtung anstellen läßt. Und ob wirklich die Leute dranhin nicht länger geworden sind? Ob sie in Schützengräben nicht zur Einsicht gekommen sind, daß es nach der Heimkehr Wichtigeres und Nützlicheres zu tun gibt, als sich sofort wieder einer Kampforganisation anzuschließen, sich dem gewerkschaftlichen Zwange anzuschließen?“

Wir glauben, gerade weil die Leute im Schützengraben länger geworden sind, melden sie sich sofort zurück zu ihrer Organisation. Sie wissen, was auf dem Spiele steht, wissen, daß sich die Unternehmer immer enger zusammenschließen, daß sie große Summen opfern, daß sie die Wirtschaftsfriedlichen mit Gewalt groß haben wollen und wissen noch anderes mehr. Und deshalb stärken die Arbeiter ihre alte liebgegewonnene Organisation. Gewiß gibt es noch manche, die sich ihrer Pflicht nicht erinnern. Vielleicht, erinnert sie die „Arbeiterzeitung“ daran!

**Bekanntmachung des Vorstandes**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. April der 15. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. April fällig.

**Aus dem Verbandsgebiet**

**Hlensburg.** Die Jahresgeneralversammlung unserer Ortsgruppe wies nur geringe Beteiligung der Kollegen auf. Der Vorsitzende Kollege Schmidt gedachte einleitend in üblicher Weise der im Berichtsjahre verstorbenen Mitglieder. Seinem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen:

Im Jahre 1916 wurden 3 öffentliche, 11 Mitglieder-, 5 Werkstätten- und 20 Vorstande- und Vertrauensmannerversammlungen abgehalten, deren Besuch leider nicht immer so war, wie er hätte sein können. Die Beitragsleistung war zufriedenstellend, auf jedes Mitglied entfielen 46 Beiträge im Jahre.

Die Mitarbeit der Kollegen ließ sehr zu wünschen übrig. Freilich haben wir in unserer Ortsgruppe meist ältere Kollegen, aber gerade dies sollte ein Ansporn sein, jüngere Kollegen zu gewinnen, um einen Nachwuchs zu sichern, der das von uns mit Mühe Aufgebaute weiter erhält und ausbaut.

Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Ortsgruppe ist die Agitation. Auch hier können wir von Hlensburg sagen: „Es hätte besser sein können, wenn mehr Kollegen mitgearbeitet hätten. Es wurde im verfloffenen Jahre dreimal systematisch Hausagitation betrieben; einmal unter Mitwirkung unseres Bezirksleiters. Der Erfolg war leider gering. Wenn auch früher in Hlensburg 85 Prozent der Arbeiter organisiert waren, so wußte sich jetzt durch die Umwälzungen, die der Krieg mit sich gebracht, mehr erzielen lassen, wenn die Hausagitation mehr wie bisher angewandt würde. Ganz besonders müssen wir die Jugendlichen und die Frauen für unseren Verband zu gewinnen suchen. Lehrlinge und Frauen werden in allen Betrieben.

Ausgetreten sind im Berichtsjahre 6, gestorben 2, zum Militär eingezogen 1 Mitglied. Wieder eingetreten sind drei Mitglieder.

Infolge des Eingetretens der Organisationen wurde bewirkt, daß den Werftarbeitern vom 1. März 1916 an eine monatliche Feuerungszulage von 3 Mark für Unverheiratete, 6 Mark für Verheiratete und 2 Mark für jedes Kind gezahlt wird. Ferner wurde erreicht, daß vom 18. Juli 1916 an die Einstellungslohne um 3 Pfg. die Stundenlohne um 2 Pfg. pro Stunde und die vom 1. März bewilligte Feuerungszulage um 50 Prozent

erhöht wurde. Durch abermaliges energisches Eintreten der Organisationen wurde erreicht, daß man den Werftarbeitern neben der bisherigen Feuerungszulage eine weitere Zulage gewährte und zwar: 1 Mark pro Woche für Unverheiratete und Verheiratete ohne Kinder, 2 Mark pro Woche für Verheiratete mit 1—3 Kinder, 3 Mark pro Woche für Verheiratete mit 3 und mehr Kindern vom 15. November 1916 ab. Außerdem wurden auch die schlechten Morde unter 30 Prozent Abfordersüberschuss beseitigt.

Wenn nun auch alle diese Zulagen nicht die Anzeichen infolge der ungeheuren Lebensmittelpreise ausgleichen können, so sollen wir doch stets dessen eingedenk sein, daß dies alles nur durch die Organisation zu erreichen möglich war.

Dies möge vor allen Dingen denen gesagt sein, die dem Verbands den Rücken lehren, mit der Begründung, es habe keinen Zweck mehr. Schämten sollten sie sich, die Erfolge einzusehen, die ihre organisierten Kollegen errungen haben. Nachdem die Organisationen seit ihrem Bestehen schon so viel geleistet haben, ist es für jeden denkenden Arbeiter einfach Ehrensache organisiert zu sein. Unorganisierte, die die Erfolge anderer mit eifersüchtigen, können wie nicht achten und sind so lange zu bearbeiten, bis sie organisiert sind. Gehten wir deshalb alle, in diesem Jahre nach Kräften mitzuarbeiten an unserer Standarbeit.

Kollege Doktor (Wremen) gab uns noch wichtige Aufklärungen über das Hilfsdienstgesetz. Verhandlungszwang für die Unternehmer, Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Schlichtungsausschüssen, gesetzliche Einwirkung der Arbeitervereine usw. sind hochwichtige gewerkschafts- und sozialpolitische Erzeugnisse, die wir einzeln und alle dem rastlosen Bemühen unserer Organisationen zu danken haben. Für Hlensburg haben wir als Stellvertreter im Schlichtungsausschuss den Kollegen Schmidt. Es ist nun Sache der Kollegen, optatorisch zu wirken, auf daß auch Hlensburg aus dem Stillstand in der Mitgliederbewegung endlich heraustritt. Mit einem Hoch auf unseren Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Sterkrade.** Am Sonntag, den 11. März fand im „Brandenburgischer Hof“ eine gut besuchte Versammlung der Sektion Sterkrade statt. Dieselbe wurde um 4 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Er ließ die Anwesenden, besonders aber auch die Kolleginnen und Frauen unserer Mitglieder willkommen sein. Der Hauptzweck der heutigen Versammlung sei, einmal den alten wie den jungen Metallarbeitern zu sagen, was die christliche Gewerkschaft mit der Jugend will. Zu diesem Zwecke erteilte er das Wort dem Kollegen Meier aus Duisburg. Aus seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes: So oft hört man die Eltern unserer Jugend sagen, es hat keinen Zweck, daß ich meinen Jungen in die Gewerkschaft aufnehmen lasse. Er ist noch zu jung, er versteht doch noch nichts von all den Sachen, die dort vorkommen. Erst wenn er mal älter ist, dann mag er hineingehen. Wollten wir mit unsern Jungen allein Lohnbewegungen und Kämpfe führen, dann hätte derjenige, der so redet, Recht; aber das kann und soll nicht der Hauptzweck unserer Jugendbewegung sein. Die christliche Gewerkschaft will die Jugend zu tüchtigen Arbeitern und guten Staatsbürgern erziehen. Zu Männern will sie sie machen, die neben guter Fachbildung auch Standesbewußtsein haben. Zu tüchtigen Arbeitern will die christliche Gewerkschaft sie machen, indem sie durch sachliche Vorträge aus dem Gebiete der Technik und Industrie, sowie auch durch einen zweckmäßigen Lehrstoff unterrichtet und schult. Auf der Arbeitsstelle sollen sie nicht die Besten sein, sondern immer voran als die Besten. Was aber tüchtige Arbeiter wert sind, das zeigt sich so recht in diesem Kriege. So nötig tüchtige Soldaten an der Front sind, so nötig sind tüchtige Facharbeiter in den Werkstätten und Fabriken. Einen guten Teil der Erfolge in diesem Kriege dürfen die Arbeiter auf ihr Konto setzen. Aber auch zu guten Staatsbürgern will die christliche Gewerkschaft die Jungen machen, zu Staatsbürgern, wie man sie in der heutigen Zeit brauchen kann, und haben muß. Die christliche Gewerkschaft hatte nicht nötig, in diesem Kriege umzulernen. Auf dem nationalen Boden, auf dem sie seit ihrem Anbeginn gestanden, kann und will sie weiter arbeiten zum Segen des Gesamtvolkes. Durch Wort und Schrift sorgt sie dafür, daß die Jugend in diese Bahnen hineingelenkt wird.

Am aber den Anwesenden einmal zu zeigen, wie die Gewerkschaft die Jugend praktisch schult, verband Meier mit dem Vortrag eine sachliche Darstellung der Elektrizität, wie sie uns tagtäglich im Leben begegnet. An Hand von Zeichnungen und Apparaten zeigte er die Wirkungen der elektrischen Kraft bei Magneten, Klingelanlagen und Motoren. Unsere Erde steht voll von den wunderbarsten Kräften, so sagte er, und auch die scheinbar eintönige Maschinenarbeit gibt eine Quelle vieler Geheimnisse und neuen Wissens, wenn wir sie nur zu ergreifen suchen, und sie uns dienbar zu machen wissen. Auch wies er darauf hin, daß es den jungen Kollegen leicht möglich sei, solche und ähnliche Apparate mit Hilfe von geeigneten Vätern unserer Bibliothek selbst herzustellen. Welcher Beifall lohnte den Redner. Kollege Höch dankte dem Kollegen Meier und wünschte, daß in Zukunft doch alle jungen Kollegen anwesend sein möchten. Kollege Mangelmann teilte mit, daß die Anleihe der Bücher jeden Mittwoch Abend stattfindet. Im zweiten Teile der Versammlung wurden sodann verschiedene gewerkschaftliche Fragen und die Presse besprochen. Die Beschlüsse der Generalversammlung, besonders auch die Hausagitation sollten durchgeführt werden. Mit der Hausagitation soll eine Werbung für das „Echo vom Niederrhein“ verbunden werden. Das Schlußwort sprach Kollege Meier, worauf Kollege Höch um 6 Uhr die Versammlung schloß.

**Homburg (Pfalz).** Eine gut besuchte Konferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes für die Westpfalz, wozu vorwiegend die Vertrauensmänner eingeladen waren, fand am Sonntag, den 18. März in Homburg statt. Bezirksleiter Bäder aus Saarbrücken gab zunächst einen umfangreichen Bericht über die geführten Lohnbewegungen, die Tätigkeit in der Lebensmittelversorgung und die Mitgliederbewegung. Durch die Lohnbewegungen wurden sehr schöne

Erfolge in Form von Lohnerhöhungen und Zulagen erzielt. Auch die Mitgliederherausgeholt. Auch in der Lebensmittelversorgung war die Verbandsleitung sehr rührig tätig, besonders soweit die Versorgung der Schwer- und Schwerstarbeiter in Betracht kommt. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten Monaten verdreifacht. In mehreren Betrieben sind die Arbeiter geschlossen dem christlichen Metallarbeiterverband beigetreten.

Hierauf hielt Kollege Bäder einen besonderen, für die Vertrauensmänner und Mitarbeiter bestimmten Instruktion Vortrag über: Mitarbeit, Mitarbeiter und Arbeiterarbeit. Aus dem Vortrage ging hervor, daß ohne sachgemäße Mitarbeit der Mitglieder am Orte, in den Betrieben und Betriebsabteilungen und insbesondere in den Arbeitervereinen keine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit möglich ist. Eingehend wurden auch die Aufgaben des Verbandes und der Mitglieder in nächster Zeit behandelt, insbesondere unter dem bayerischen Pflichtenstandesgesetz. Nach einer längeren Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

**Entschließung:**  
Die am 18. März in Homburg tagende Westpfälzer, Vertrauensmänner- und Mitarbeiter-Konferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes ersucht aus dem erstatteten Tätigkeitsbericht, daß der Verband eine umfangreiche und erfolgreiche Tätigkeit, besonders soweit die wirtschaftliche Interessenvertretung in Betracht kommt, entfaltet hat. Diese erfolgreiche Arbeit ist der beste und schlagendste Beweis dafür, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß eine zwingende Notwendigkeit ist. Die Versammlungen fordern deshalb alle Metall- und Hüttenarbeiter der Westpfalz und des Saargebietes auf, sich, soweit dieses nach nicht geschehen ist, umgehend dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Die Konferenzteilnehmer fordern alle Mitglieder auf, in den nächsten Wochen eine rege Werbtätigkeit zu entfalten, um den letzten Metall- und Hüttenarbeiter der Organisation zuzuführen. Ferner fordert die Konferenz alle Mitglieder auf, ihre volle Pflicht gegenüber dem Vaterlande und dem Pflichtenstandesgesetz zu erfüllen durch unbeschränkte Kraftentfaltung, wenn notwendig, auch durch Zeissen von Heber- und Sonntagsarbeit. Natürlich ist dahin zu streben, daß für Heberarbeit besondere Lohnzuschläge gezahlt werden.

Andererseits fordert die Konferenz die Mitglieder auf, von den Einrichtungen, die im Hilfsdienstgesetz vorgesehen sind zur wirtschaftlichen Interessenvertretung: Arbeitervereine und Schlichtungsausschüsse, Gebrauch zu machen, um eine angemessene Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Dazu ist notwendig:

1. Dafür zu sorgen, daß geschulte rückgradigste Arbeitervertreter in die zu errichtenden Arbeitervereine gewählt werden.
2. Geschlossene Beteiligung an den Arbeitervereinswahlen.
3. Geschlossene Stimmabgabe auf die gemeinsame Liste der Gewerkschaften.
4. Entgegenbringen von Vertrauen und Unterstützung der Arbeitervereinsmitglieder durch die Arbeiterschaft der Betriebe.

Die Konferenz beauftragt, daß einzelne Arbeitgeber Unstimmigkeiten in die Arbeiterschaft tragen, daß sie, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, dazu übergehen und ernennen jetzt noch Krankenkassenvorstände zum Arbeiterausschuß, um so eine Arbeitervereinswahl zu verhindern. Krankenkassenvorstände sind nach dem Hilfsdienstgesetz und nach einer Erklärung der Kriegsamtstelle nur dann als Arbeitervereinsmitglieder zugelassen, wenn:

1. Der Krankenkassenvorstand als Arbeitervereinsmitglied vor dem 6. Dezember 1916 bestellt wurde;
2. Wenn diese Ernennung oder Bestellung aus dem Protokoll des Krankenkassenvorstandes ersichtlich ist;
3. Wenn durch Anschlag auf den Werten, der Arbeiterschaft die Ernennung vor dem 6. Dezember 1916 mitgeteilt wurde;
4. Wenn der Krankenkassenvorstand als Arbeitervereinsmitglied vor dem 6. Dezember 1916 auch wirklich tätig war, b. h. sich mit Lohn- und anderen Fragen befaßt hat, also nicht nur mit Krankenkassenfragen.

Die Anwesenden beauftragen die Verbandsleitung, mit Hilfe der zuständigen Kriegsamtstellen dafür zu sorgen, daß die Rechte der Arbeiter nach dieser Richtung hin gewahrt werden.

Durchhalten ist Pflicht eines jeden deutschen Arbeiters, auch in der Lebensmittelversorgung. Die Arbeiterschaft will gerne die notwendig gewordenen Entbehrungen tragen, muß aber verlangen, daß die Beschlagnahme und Rationierung aller Lebensmittel vollständig und korrekt durchgeführt wird. Besonders müssen die Brot- und Kartoffelzulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter und Hilfsarbeiter sicher gestellt und auf eine leichte Art und Weise den Arbeitern zugeführt werden. Ferner ist die Verteilung der Lebensmittel auf den Werten den Arbeitervereinsvereinen zu übertragen. In den Gemeinden und Kommunalverbänden ist der Arbeiterschaft Sitz und Stimme in den Lebensmittelkommissionen einzuräumen.

**Versammlungs-Kalender**

- Montag, den 9. April 1917: Oberfeld. Vormittags 11 Uhr bei Kropmann.
- Donnerstag, den 12. April 1917: Oberhausen. Nachmittags 4.30 Uhr bei Dausch, Falkensteinstr. W.-Styrum. Abends 7 Uhr bei Raders, Marienstr.
- Montag, den 16. April 1917: Mühlheim. Abends 7 Uhr bei Bäder, Hindenburgstr.

**Kesselfabrik und Stemmer**  
für Reparaturen gerüstet.  
Elektro-Schweißwerk Löwen, D.-Anthoni, Hindenburgstr.  
Suchen sofort neu oder gebraucht Metallwaren-Fabrik Adressbuch Deutschland (u. mögl. mit Ausland.) Angebote unter R 801 an Haasenstein & Vogler A.-G. Leipzig.

**Kollegen agitiert für den Verband!**